

**KURZ GEMELDET**

**Causa Geldkuvert:**

**Niessl obsiegt über „Profil“**  
 Wien - Den Rechtsstreit des burländischen Landeshauptmanns Hans Niessl (SP) gegen das Nachrichtenmagazin *Profil* entschied das Handelsgericht Wien erstinstanzlich zugunsten des Burgenländers. Bis zur Rechtskraft dieses Urteils wird *Profil* untersagt, weiterhin zu behaupten, Niessl habe von der Firma Swarco 10.000 Euro bar - „im Kuvert“ - erhalten. (wei)

**AKW-Wahlen: Plus für Rot, Verluste für Schwarz**

Wien - Mit dem Ergebnis aus Niederösterreich liegt das Gesamtergebnis der Arbeiterkammerwahlen vor: Die Sozialdemokraten (FSG) konnten um 1,4 Prozentpunkte auf 57,2 Prozent zulegen. Die Verluste für den ÖVP-Arbeitnehmerbund (ÖAAB-FGG) betragen fast vier Prozentpunkte - macht für die Christgewerkschafter insgesamt 21 Prozent. Freibleitliche und grüne Gewerkschafter legten einen bzw. 1,3 Prozentpunkte zu. Die Wahlbeteiligung fiel auf 39,77 Prozent. (APA)

**Wahlergebnis 2014**

|   |      |      |  |
|---|------|------|--|
| Stimmenanteile in %, Vergleich zu 2009  |      |      |  |
| FSG   | 57,2 | +1,4 |  |
| ÖAAB/FGG  | 21,0 | -3,9 |  |
| FA  | 9,7  | +1,0 |  |
| AUGE  | 6,0  | +1,3 |  |
| FSG: Sozialdemokratische GewerkschafterInnen<br>ÖAAB/FGG: Christliche Gewerkschafter<br>FA: Freibleitliche Arbeitnehmer<br>AUG: Alternative/Grüne GewerkschafterInnen |      |      |  |
| Quelle: APA, AK   |      |      |  |



„Fähnchen im Wind“. Aktivisten demonstrieren gegen die Kürzung der Entwicklungshilfe. Foto: Schmidleitner

**Koalition beschließt ihr Budget**

Die Koalitionsparteien einigten sich auf einen gemeinsamen Antrag für eine Steuerreform und darauf, die Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht zurückzunehmen. Damit ist die Budgetdebatte zu Ende und der Haushalt für 2014 und 2015 beschlossen.

Wien - Am letzten Tag der Budgetdebatte wurde noch einmal eifrig verhandelt. Die Parlamentsklubs von SPÖ und ÖVP einigten sich am Freitagabend schließlich auf einen Fahrplan für die nächste Steuerreform. Zuletzt wurde darüberja, wie berichtet, intensiv gestritten. Nun wurde außer Streit gestellt, dass die Regierung bis Ende 2015 einen Gesetzesvoranschlag vorlegen soll. Freilich: Verbindlich ist der Entschließungsantrag des Parlaments nicht. Geht es nach den Klubs, soll der Eingangssteuersatz jedenfalls in

**Streitpunkt Entwicklungshilfe**

Gesucht wurde von SPÖ und ÖVP auch eine Lösung für die Frage, ob man die geplanten Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zurücknehmen oder abmildern könnte - ohne Ergebnis, die ÖVP beharrte darauf,

das Budget nicht noch einmal aufzumachen.

Vor dem Parlament demonstrierten am Freitag Vertreter von NGOs, die sich in einem „Dachverband Globale Verantwortung“ zusammengeschlossen hatten. Ihr Appell: Die Abgeordneten und Finanzminister Michael Spindelegger sollten sich nicht wie „Fähnchen im Wind“ verhalten und die vorgesehenen Kürzungen bei den EZA-Geldern abwenden. Das Budget sieht bei der Entwicklungshilfe Kürzungen allein bei der direkten Projekthilfe in der Höhe von 17 Millionen Euro vor.

Am Abend wurde der Doppelhaushalt für 2014 und 2015 beschlossen. Laut dem Plan des Finanzministers soll das Defizit heuer 2,7 Prozent und im kommenden Jahr 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen (red)

**Österreich wird doch an der Pisa-Studie 2015 teilnehmen**

Lisa Nimmervoll

Wien - 2014 bleiben die Schulen „testfrei“, aber 2015 wird Österreich nun doch an der Pisa-Studie teilnehmen, wie DER STANDARD Freitagnachmittag erfahren hat. Unterrichtsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) konnte in Verhandlungen mit der OECD erreichen, dass die für 2014 angesetzten Feldtests für Pisa 2015 im kommenden Frühjahr durchgeführt werden dürfen und Österreichs Teilnahme an der internationalen Schülervergleichsstudie sichergestellt ist. „Ich bin sehr froh, dass wir diese Ausnahmeerregelung verhandeln konnten. Österreich wird als einziges Land der OECD sowohl Feldtests als auch Tests im Jahr 2015 durchführen. Und das Jahr 2014 nutzen wir, um das Bifie zu reformieren, hier bleibt es bei dem Teststopp“, sagte die Ministerin zum STANDARD.

Am Montag will Heinsch-Hosek mit OECD-Bildungsvizegeneraldirektor und Pisa-Erfinder Andreas Schleicher dazu Stellung nehmen. Sie sei „im Sinne der internationalen Vergleichbarkeit unseres Schulsystems sehr froh über die gefundene Lösung“.

Heinsch-Hosek hatte ja - entgegen nachdrücklichen Expertenwarnungen - aus Datensicherheitsgründen kurzfristig einen Pisa-Stopp verhängt, nachdem im Februar ein angebliches „Datenleck“ im Bundesinstitut für Bildungsforschung (Bifie), das die Studie durchführen sollte - und laut Bifie-Gesetz auch muss -, aufgetaucht war.